

CDU Rheydt

Franz-Meyers-Haus
Regentenstraße 11
41061 Mönchengladbach

☎ 02161 24540
📠 02161 245420
✉ info@cdu-mg.de

Presseinformation

Mönchengladbach, 04.01.2021

Rheydt lebt - Wochenmarkt neu denken!

Für eine zukunftsweisende Ausrichtung des Rheydter Wochenmarktes hat das NIRS-Institut der Hochschule Niederrhein in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Süd ein vielversprechendes Konzept vorgestellt. Um bei der Weiterentwicklung des Wochenmarkts keine Zeit zu verlieren, hat die dortige CDU-Fraktion mit einem Antrag die Einrichtung einer ad hoc-Arbeitsgruppe zur Beratung der Vorschläge mit allen Akteuren gefordert. Leider hat die Mehrheitskoalition aus SPD, Grünen und FDP dem nicht zugestimmt und sich auf die einfache Kenntnisnahme des Konzepts zurückgezogen.

„Wir wissen von vielen Seiten, dass ein erhebliches Interesse an der Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Wochenmarktes besteht“ betont der Ortsvorsitzende Roderich Busch. „Der politische Wille, dieses Thema zu behandeln, wurde bereits Ende 2018 auf Antrag der CDU, SPD und Grünen einstimmig durch den Rat der Stadt artikuliert. Deswegen ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb die Präsentation der Studie durch den Ordnungsdezernenten erst immer weiter verzögert wurde und der politische Gestaltungswille bei den damaligen Mit Antragstellern inzwischen scheinbar erloschen ist. Dabei wäre es für Rheydt besonders wichtig, auch diesen Baustein zu einem zukunftsfähigen Innenstadtkonzept jetzt endlich anzupacken und unter anderem die Weichen für eine größere Angebotsvielfalt besser heute als morgen zu stellen.“

Die CDU Rheydt sieht die Ampel-Partner daher in der Verantwortung, zu ihrem Votum im Stadtrat zu stehen und die Zukunft des Rheydter Wochenmarkts konstruktiv weiter zu behandeln. So kann außerdem sichergestellt werden, dass die bis zum jetzigen Zeitpunkt aufgewendeten Steuergelder Teil einer sinnvollen Investition für Rheydt sind. Die Begleitung der Weiterentwicklung des Wochenmarktes durch die CDU-Bezirksfraktion im Interesse der Rheydter Bürgerinnen und Bürger steht dabei außer Frage.